

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Bfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 18

Sonntag, den 6. Mai

1917

## Der „Anfang“.

Mit schwachem Anlauf hat die vielberufene „Neuorientierung“ begonnen. Wenigstens hört man so sagen. Das Jesuitengesetz und der Sprachenparagraf des Reichsvereinsgesetzes heissen *Maßnahmen* — wenn auch letzterer in einem allgemein gültigen, sogenannten regulären Gesetz enthalten ist — sind aufgehoben.

Die reaktionäre Presse gebärdet sich, als ob es der Anfang vom Ende der monarchischen Staatsform sei. Denn, so folgert sie, das sei eine Konzession gegenüber demokratischen Forderungen, die weiteres nach sich ziehen werde und dann sei kein Halten mehr. Gäbe man der Demokratie den kleinen Finger, dann werde sie bald die ganze Hand verlangen und auch erlangen. Wir müssen sagen, wir würden es gern sehen, wenn es so käme. Aber das reaktionäre Vorgehen ist eine arge Uebertreibung.

Was ist es denn, das die Regierung dem Verlangen nach freierwilligen Zuständen bietet? Zugunsten der Aufhebung des Jesuitengesetzes hat der Reichstag schon mehrfach Mehrheitsbeschlüsse gefaßt. Sie sind immer in den Papierford des Bundesrats gewandert. Auch die Aufhebung des Sprachenparagrafen ist vom Reichstag beschlossen worden, der Bundesrat hat also weiter nichts getan, als endlich den erneuten Beschlüssen des Reichstags die Zustimmung gegeben. Das konnte er längst tun, ehe die Phrase von der „Neuorientierung der inneren Verhältnisse“ geprägt wurde. Setzt man die Zustimmung jetzt auf das Konto der Neuorientierung, so geschieht das je nach der Auffassung aus mehrfachen Gründen.

Die Regierung will damit den Anschein erwecken, als ob sie wirklich dem Fortschritt der Zeit nachgäbe. Dann aber denkt sie zur Entlastung der Zustimmung der Neuorientierung beizutragen, wenn sie durch Annahme dieser Reichstagsbeschlüsse zwei Nummern auf ihr Konto stellt. Auch die reaktionären Parteien betrachten das bereits als einen schwerwiegenden Anfang.

Du lieber Himmel! Für die Arbeiter fällt bei diesem „Anfang der Neuorientierung“ verdammt wenig ab. Die fremdsprachigen, zu Deutschland gehörigen Arbeiter dürfen endlich ihre eigenen Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen in ihrer Muttersprache behandeln. Das ist aber auch alles, was dieser Anfang bringt. Die Beschränkungen, die den deutschen Arbeitern z. B. der Paragraph 153 der Gewerbeordnung auferlegt, bleibt weiter bestehen. Bekannt ist, daß kleine Betriebe gegen diesen Teil der Gewerbeordnung mehrfach zur Begründung von Anklagen wegen Verstoßung herhalten mußten. Eine Reihe von Prozessen gegen die Gewerkschaften, die vor dem Kriege anhängig gemacht worden waren, um den Gewerkschaften den Lebensfaden zu unterbinden, wurden zwar nach Ausbruch des Krieges eingestellt, aber die „Neuorientierung“ müßte erst die Gewähr geben, daß sie nach dem Kriege nicht wieder zu dergleichen Versuchszwecken unternommen würden. Es bedarf also ganz anderer Beweise, die Arbeiter glauben zu machen, daß die Freiheit ihrer Bewegung künftig garantiert werde.

Eine offiziöse Ankündigung meldet zwar, der Staatssekretär des Innern beschäftige sich gegenwärtig mit der Wiedereinbringung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern, aber die sozialdemokratische Partei hatte bekanntlich die Forderung nach Arbeiterkammern gestellt. Ob man darauf Rücksicht nehmen wird, wird sich zeigen.

Im übrigen aber verlangen die Arbeiter Gleichberechtigung in jeder Beziehung. Das käme bei der „Neuorientierung“ in erster Linie in Frage. Der jetzige „Anfang“ hat für die Forderung nicht die geringste Bedeutung. Dazu wäre eine weit ausgreifende Sozialgesetzgebung nötig, ganz abgesehen von den Forderungen, die auf politisches Gebiet hinübergreifen, worüber wir indes hier vorläufig keine speziellen Ausführungen machen wollen.

Aber die hier nur kurz angedeuteten Notwendigkeiten beweisen, wie unsinnig die Eiferung der reaktionären Presse gegen die Annahme der beiden genannten Reichstagsbeschlüsse durch den Bundesrat ist. Man kennt die Methode, über jede kleine Konzession Jeter und Mordio zu schreien, als ob Staat und Gesellschaft in Stücke dabei gingen, durch derartiges Geschrei sucht man die Regierung zu hindern, wirklich notwendig gewordenen Änderungen, die den oft mißbrauchten Machtbereich herrschender Kreise eindämmen würden, vorzunehmen. Und selbst die Gesetzgebung denkt man durch dies Geschrei einzuschüchtern. Es zeigt jedoch auch, daß die Widerstrebenden alle Mittel anwenden und alle Kräfte springen lassen werden, wenn wirklich der Staat eine Erneuerung im fortgeschrittenen Sinne erfahren sollte.

Wenn erst der wirkliche Anfang der Neuorientierung beginnt, dann wird es aus den Reihen der Reaktionäre noch ganz anders herausfallen. Dann ade, Burgfrieden! Man wird sich seiner nur noch — je nach der Stellung der Parteien zur Neuorientierung — mit ärgerlichen oder komischen Gefühlen erinnern. Ueberlassen wir das jedoch der kommenden Zeit und hoffen wir nur, daß eine Menge altes, reaktionäres Gerümpel austrangiert werde. Es wird gewiß nicht wenig Mühe kosten.

## Pläne zur Ueberleitung in die Friedenswirtschaft.

Die Reichstagskommission für Handel und Gewerbe hat sich mit Fragen der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zu beschäftigen. Im dritten Teilbericht der Kommission ist die Vorberatung über die Frage der *Demobilisation* enthalten, bei welcher der Kommissar des Kriegsministeriums den Plan bekanntgab, nach welchem militärischerseits der Uebergang vollzogen werden soll.

Die Grundsätze, nach denen die Ueberführung des Heeres in den Friedenszustand erfolgen soll, wurden vom Kriegsministerium aufgestellt, das sie auch zur Durchführung zu bringen hat. Natürlich wird das Hand in Hand mit den Zivilbehörden geschehen weil das wirtschaftliche Gebiet am stärksten davon berührt wird.

Die Kommission sagte, was die Arbeiterfrage betreffe, müsse die Ueberführung so erfolgen, daß erikens keine Arbeitslosigkeit entstehe und zweitens den für die Friedenswirtschaft wichtigen Betrieben so schnell wie möglich die neuen Kräfte zugeführt werden. Dazu sei eine Verbindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die bestehenden Kriegsamtsstellen, Kriegswirtschaftsstellen usw. nötig.

Um Arbeitslosigkeit zu verhüten, sollen militärische Entlassungen dem Dringlichkeitsbedürfnis angepaßt werden. Es soll kein Mann entlassen werden, der keine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Leute, die keine Arbeit finden, können bis zu vier Monaten nach im Heere zurückgehalten werden, wo sie inzwischen Unterkommen und Verpflegung haben.

Im allgemeinen sollen die ältesten Jahreshlassen zuerst entlassen werden. Ferner seien vorzugsweise die Familienernährer zu berücksichtigen. Als Grundsatz müsse festgehalten werden, daß kein versorgungsberechtigter Mann zu entlassen ist, dessen Versorgungsansprüche nicht geregelt sind.

Was die schnelle Zuführung von Kräften für die wichtigsten Betriebe anlangt, so gab der Kommissar folgende Einteilung bekannt, die vielleicht noch ergänzt werden müsse. Es heißt da:

Unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die ältesten Jahreshlassen zuerst zu entlassen sind, haben bei Auswahl der zu entlassenden Personen nachgenannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung zu finden:

- a) führende Persönlichkeiten aus dem Bereiche des Handels, der Industrie, der Schifffahrt und des sonstigen Wirtschaftslebens;
- b) Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben und deren Angestellte, z. B. Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren;
- c) selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.;
- d) Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen einschließlich Klein- und Straßenbahnen;
- e) Seeleute und Fischer, so weit sie sofort in den Dienst der Handelsmarine und der Fischerei treten, ferner Rahndrücker und Schiffer der Binnenschifffahrt, so weit sie selbständig sind oder eine feste Stellung nachweisen;
- f) gelernte Arbeiter und Handwerker, z. B. im Schiffbau erfahrene Leute, Maschinenbauer, Maschinisten, Schlosser, Metallarbeiter, Hafnarbeiter, Tischler, Schneider, Schuhmacher, Bauhandwerker, Bauarbeiter, Landarbeiter, Bergarbeiter, Schlächter, Bäcker usw., soweit sie sogleich in ein festes Arbeitsverhältnis treten;
- g) ungelernete Arbeiter solcher Berufe, in denen sogleich ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegt, z. B. Bergbau, Landwirtschaft, Ueberseeverkehr, Hafenverkehr;
- h) Studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befanden;
- i) Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz im Ausland hatten und dorthin zurückkehren wollten.

Hierzu gab der Kommissar einige Erläuterungen, wie er sich den Verlauf der Sache denkt. Als Klasse 1 betrachtet er die Mannschaften, die sofort entlassen werden könnten. Sie wird von den Truppenteilen festgelegt. Als Anforderung könne die Stellung und ein angemessener Lebensunterhalt gelten.

Die 2. Klasse fallen die von den Arbeitgebern persönlich angeforderten Leute. Die stellvertretenden Generalkommandos haben die Verbindung zwischen Arbeitgebern und den Truppenteilen zu vermitteln.

Als 3. Klasse gelten die zahlenmäßig von den Betrieben angeforderten Leute. Denn viele Betriebe würden gar nicht mehr in der Lage sein, die Leute namentlich aufzuführen. Hinzuzufügen ist, weil viele nicht mehr am Leben sind.

Der Rest der Personen, die weder namentlich angefordert werden, noch nach zahlenmäßiger Anforderung untergebracht werden, ist am längsten unter Waffen zu halten. Das ist die 4. Klasse. Für diese Leute käme unter Umständen die Beschäftigung mit *Koistandsarbeiten* für Stadt und Land in Betracht, die namentlich von Staats- und Kommunalbehörden für diesen Fall aufgestellt sind.

Diesen Darlegungen fügte der Kommissar folgende Schlussbemerkung hinzu:

„Ich hoffe, Ihnen ein allgemeines Bild der beachtlichsten Maßnahmen gegeben zu haben. Es ist und kann kein vollständiges Bild sein, denn die Verhältnisse, namentlich die militärischen Verhältnisse, werden bis zum letzten Augenblick ungeklärt bleiben. Das ist eine große Schwierigkeit, sie muß überwunden werden. Sie haben hoffentlich gesehen, daß die Heeresverwaltung sich der Bedeutung der Frage wohl bewußt ist und durch zielbewußte, schnelle und sichere Maßnahmen bestrebt ist, den Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft in bezug auf die Arbeiterfragen zu erreichen.“

Was vom Reichsamt des Innern hierzu ausgeführt wurde, werden wir in einem weiteren Artikel zur Kenntnis bringen.

## Die Tabakarbeiter beim Reichsamt des Innern.

Auf Grund eines Beschlusses der Konferenz der Tabakarbeiter, die am 19. April in Frankfurt a. M. stattfand, wurde an das Reichsamt des Innern die Bitte gerichtet, die Vertreter der Tabakarbeiter zu empfangen und ihre Wünsche zu hören. Daraufhin hat das Reichsamt des Innern die Vertreter am 27. April empfangen und nachstehende Eingabe derselben entgegengenommen:

An das Reichsamt des Innern, Berlin.

Eine Zusammenkunft von Vertretern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, des Gewerkschaftsverbandes der Zigarren- und Tabakarbeiter (G.Z.), des Gewerkschaftsverbandes der Tabakarbeiter (G.T.), die am 19. April d. J. in Frankfurt a. M. tagte, hat die Leitung der genannten drei Verbände beauftragt, gemeinsam ihre Wünsche, die den Wünschen der organisierten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands entsprechen, dem Reichsamt des Innern mit der Bitte um Erfüllung derselben zu unterbreiten.

Demgemäß bringen die Unterzeichneten zum Ausdruck, daß die weitere Einschränkung der Tabakverarbeitung in der Art, wie sie in der Bekanntmachung des Stellvertretenden Reichskanzlers vom 12. April d. J. vorgelegen, den Interessen der Tabakarbeiterschaft keineswegs entspricht. War eine weitere Einschränkung nicht zu umgehen, so lag es für die Tabakarbeiterschaft näher, sie in der Weise angeordnet zu wissen, daß bevor zur projektualen Einschränkung gegriffen, die Einschränkung auf den Stand der Tabakverarbeitung der ersten sieben Monate des Jahres 1914 festgelegt wurde. Genügte diese Einschränkung nicht, so konnte die prozentuale unter Zugrundelegung der Tabakverarbeitung der letzten sieben Friedensmonate immer noch erfolgen.

Nach Kenntnis der Unterzeichneten ist auch das Reichsamt des Innern der Auffassung, daß die alte bodenständig Arbeitererschaft des Tabakgewerbes nach Möglichkeit geschont werden soll. Bereits in den ersten sieben Monaten des Jahres 1915 sind viele neue Arbeitskräfte in das Tabakgewerbe hineingekommen, alte Betriebe sind vergrößert, neue Filialen angelegt worden, sogar eine ganze Anzahl neuer Unternehmer fand sich schon zu dieser Zeit

im Tabakgewerbe ein. Wollte man die bodenständigen Tabakarbeiter schonen, so lag es nahe, zunächst als Grund- lage jeder weiteren Einschränkung eine Einsparung normalen Geschäftsganges zu wählen. Als solche konnte nur die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1917 in Frage kommen. Bekannt werden mag noch, daß eine solche Regelung auch im Interesse der alleingelassenen Firmen liegt. Sie hat zu zeichnen bitten, das Reichsamt des Innern zu ersuchen, daß es sich noch diesem Wunsche der organisierten Tabakarbeiter- schaft entspreche.

Ein weiterer Wunsch der organisierten Tabakarbeiter- schaft ist die Unterstützung der durch die Einschränkung im Verdienst geschädigten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen aus Reichsmitteln.

Die Einschränkung der Tabakverarbeitung macht natürlich die Entlassung vieler in der Tabakindustrie beschäftigter Personen notwendig, darunter auch vieler bodenständiger Tabakarbeiter- und -arbeiterinnen. Wenn auch gegenwärtig anderweitig zahlreiche Arbeitskräfte unterzubringen sind, so ist mit der Entlassung aber noch nicht sofort der Wechsel vollzogen und neue passende Arbeit gefunden; außerdem sind die im Tabakgewerbe beschäftigten Krüppel und schwächlichen Personen nicht zu jeder Arbeitsleistung fähig. Diese armen Leute ohne Hilfe nach ihrer Entlassung zu lassen, kann auch eine hohe Regierung nicht wollen. Deshalb wünsche die Tabakarbeiter in solchen Fällen die Festlegung einer Entschädigung aus Reichsmitteln.

Schließlich erlaubt sich die organisierte Tabakarbeiter- schaft durch uns den Wunsch auszudrücken, daß ihre Vertreter hinzugezogen und deren Meinung gehört wird — sofern auch andere Interessenten herangezogen werden — wenn es sich im Reichsamt des Innern oder bei anderen behördlichen Körperschaften um die Verhängung von Maßnahmen handelt, die das Tabakgewerbe betreffen.

Bremen, Düsseldorf, Heidelberg, den 28. April 1917.

Ganz ergebenst

Deutscher Tabakarbeiter-Verband:  
Carl Reichmann.

Generalverband christlicher Tabakarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands:  
Gerhard Gammann.

Gewerkschaft der Zigarren- und Tabakarbeiter (G. D.):  
Joh. Stephan.

In einer längeren Aussprache wurden die Wünsche der organisierten Tabakarbeiter erörtert. Das Resultat der Aussprache gibt folgende Nachricht des Volk-Bureaus wieder:

W.B. Berlin, 29. April. Am 27. April d. J. fand auf Vorschlag der Vertreter der organisierten Tabakarbeiter im Reichsamt des Innern eine Besprechung über die am 1. Mai eintretende weitere Einschränkung der Tabakverarbeitung und deren Rückwirkung auf die Tabakarbeiter statt. Zunächst wurde festgestellt, daß die Einschränkung nicht nur diejenigen Fabriken betrifft, denen Tabak neu zugewiesen werden muß, sondern auch diejenigen Fabriken, die noch nicht mit Tabak versorgt sind.

Einigkeit bestand, daß eine Einschränkung der Tabakverarbeitung notwendig ist und daß darauf Bedacht zu nehmen ist, daß jeder Einschränkung geholfen werden. Die Vertreter der Tabakarbeiter regten an, auf den Friedensstand zurückzugreifen. Für den Fall, daß dies nicht möglich sein sollte, bestand Einigkeit darüber, daß nach dem 1. Juli 1915 eröffnete Zweigbetriebe nach Ablauf der Übergangszeit geschlossen werden sollen und darauf hingewirkt werden sollte, daß die Zigarrenfabrikanten, die vor dem 1. Juli 1915 während des Krieges neue Zweigbetriebe eröffnet haben, zunächst diese Zweigbetriebe einschränken, ehe sie zu Einschränkungen in ihren alten Betrieben übergehen dürfen, damit auf diese Weise verhindert wird, daß die bodenständigen Arbeiter an Stelle neuangelegter Hilfskräfte entlassen werden.

Darüber wurde festgestellt, daß auf die Folgen des Krieges zu berücksichtigen werden Tabakarbeiter die im Fernhandel für das Deutsche Reich von 1914 Seite 520 und 1917 Seite 74 mitgeteilten Bestimmungen über die Kriegswirtschaftsbesetze ohne weiteres Anwendung finden.

### Holländisches Tabakausfuhrverbot.

Es befindet sich, daß die holländische Regierung ein Ausfuhrverbot des Rohabak erlassen hat. Die Wirkung dieser Maßregel ist natürlich für unser wichtiges Tabakgewerbe sehr unangenehm. Kurz vorher ist die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft in Bremen von großer Enttäufung gemacht. Vermutlich wird die Ausfuhr dieses Tabaks noch gestattet werden. Es ist aber zu erwarten, daß die Verhandlungen der Delegation mit den holländischen Juristen nurmehr die Möglichkeit der Zulieferung nach Deutschland, soweit keine amerikanischen Tabak in Frage kommen (N. D. Z. Ware), wieder öffnen. Durch das holländische Einfuhrverbot ist die Einfuhr von Tabak wieder gestoppt.

Der „Sächs. Tabakzeitung“ und der „Magdeburger“ sind durch ihren holländischen Mann einen Bescheid gegeben.

Am 21. April d. J. datierter Bescheid ist ein Verbot der Ausfuhr von unraffiniertem Tabak aus Holland mit dem in diesen Verboten über die Zulieferung nach Deutschland. Kommt es zu einer Zulieferung, so ist es natürlich, daß Rohabak, welches vor dem Erlaß des Ausfuhrverbots durch Holland gekauft sind, aber bei der dem Tabakgeschäft zugehörigen Lagerhaltung über das Ausland hinaus noch nicht verschifft werden konnten, doch noch ausfuhrfähig werden können. Es ist nun An-

gabe der Besprechung von Regierung zu Regierung. In diesem Punkte eine grundsätzliche Klarstellung zu erlangen, womit die sonst für jeden Einzelfall bestehenden zeitveränderlichen Schwierigkeiten vermieden werden könnten.

Die Gründe, die das Ausfuhrverbot veranlaßt haben, werden verschieden beurteilt. Die unter N. D. Z. Verband gelegten Java-Angebote scheinen für den holländischen Verbrauch nicht auszureichen, wenigstens sind die Händler-Vorräte von N. D. Z. Tabak in letzter Zeit unerwartet rasch abgefließen und war für die Mai-Einschreibungen eine weitere Preiserhöhung vorauszu- sehen. Die holländischen Tabakindustriellen sollen sich deshalb für den Erlaß des Ausfuhrverbots bemüht haben. Von anderer Seite wird behauptet, daß es sich anlässlich der kürzlichen Käufe für deutsche Rechnung um eine Schutzmaßnahme für den holländischen Tabakhandel handelt. Die Wirkung des Verbots auf die Tabakpreise ist ebenfalls noch nicht abzusehen. Es fragt sich, ob die Tabakimporteure während der Dauer des Verbots freiwillig ihre Vorräte zum Verlaufe bringen werden oder vorziehen, bei der allgemeinen Erwartung, daß der Friede in den nächsten Monaten zustande kommen wird, die doch nur verhältnismäßig kleinen Vorräte festzuhalten. Freilich hätte die Regierung auf Grund des Distributionsgesetzes das Recht, die Vorräte unter Stellung von Maximumpreisen zu beschlagnahmen, doch praktisch würde dies System bei Rohabak auf kaum überwindliche Schwierigkeiten stoßen.

### Wem's nicht passt, der kann gehen!

Wem's nicht passt, der kann gehen! So, oder ähnlich klingt es in der letzten Zeit manchem Tabakarbeiter, mancher Tabakarbeiterin in die Ohren. Diese altbekannte Redewendung, welche in der Zeit der Hochkonjunktur zu verschwinden schien, kommt plötzlich wieder zum Vorschein. Eine bittere Enttäufung für diejenigen, die vielleicht glaubten, der Krieg würde auch eine Wandlung in den Herzen derer mit sich bringen, die jetzt wieder erneut ihre Macht spüren lassen. Nichts von alledem! Der Herrschaftspunkt feiert angeichts der Produktionsbeschränkung wieder seine fröhliche Urständ. Und wo geschieht es? Besonders da, wo es an der Geschlossenheit und Einigkeit der Kollegen fehlt. Und das ist leider noch an vielen Stellen der Fall. Nicht daß es an Belehrung und Aufklärung gemangelt hätte! O nein, dafür ist besonders in der letzten Zeit durch Wort und Schrift gesorgt worden. Es lag vielmehr an der Gleichgültigkeit derer, die da glaubten, die stolzen Zeiten in der Tabakindustrie würden ewig. Daß dieses auch auf die Lohnverhältnisse eingewirkt hat, unterliegt keinem Zweifel. Viele glaubten eben, mit der Ausnutzung ihrer ganzen Arbeitskraft, mit Überstundenarbeit und damit bedingten etwas höherem Verdienst sei die goldene Zeit für die Tabakarbeiter gekommen.

Jetzt kommt plötzlich die Ernüchterung. Ratlos stehen sie denn da wenn es heißt: „Wem's nicht passt, der kann gehen!“ Ist es denn da nicht bald die höchste Zeit für diejenigen, welche vielleicht das Glück haben und — die Gnade des Herrn — weiterbeschäftigt zu werden, einzusehen, daß sie das Recht haben sich als Mensch frei zu betätigen und nicht zum Spielball der Unternehmer zu dienen, gleichviel ob Mann, Frau, Jungling oder Mädchen? Die Zeit hat aufgehört, da der Arbeiter ganz der Willkür der Unternehmer ausgesetzt war.

Die Arbeiter müssen sich das Recht erkämpfen, über ihre Geschicke selbst mitzubestimmen. Ist es nicht geradezu unerhört, wenn man die alleingelassenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die besonders in den letzten Jahren ihre Arbeitsleistungen auf das Höchste steigern mußten, nun zuerst an die frische Luft befördert, während man sich die jungen Arbeitskräfte sichert, um schließlich mit diesen genau so zu verfahren, wie mit der vorhergehenden Generation!

„Ja was wollt Ihr denn“, so werden die Herren ausrufen, „wir haben doch so ein gutes Herz und würden gern weiterarbeiten lassen, wenn uns von der Regierung die Einschränkung nicht auferlegt würde.“

Sehr gut, daß wir wissen auch wir; kennen auch das gute Herz zur Genüge, aber der eigene Vorteil ist doch noch wichtiger, als die Interessen der Arbeiter. Diese Zeiten gelten besonders der heranwachsenden Generation, insbesondere den weiblichen Tabakarbeiterinnen. Ihr Leid ist in erster Linie, von denen das Wohl und Wehe der zukünftigen Tabakarbeiterchaft abhängt. Glaubt nicht, daß die ermahnenden Worte eurer älteren Kollegen und Kolleginnen nur leeres Stroh ist, das gedroschen wird. Es trübt hier die Erfahrung mit. Die Alten kennen den Krebschaden, an dem die Tabakarbeiterchaft schon seit Jahrzehnten leidet, es fehlt an weiter nichts als wie an der Stärke und Schlagfertigkeit unserer Organisation.

Auch die jüngeren Kollegen, die bereits ein Glied in unserer Frontreihe sind, sollen sich einmal prüfen und sich die Frage vorlegen: Hast du schon deine volle Pflicht und Schuldigkeit deinem Verbands gegenüber erfüllt? Genügt dazu schon die Beitragsleistung? Wohl ist es eine der Hauptaufgaben mit, daß man pünktlich seine Beiträge abgibt, aber eine wichtige Aufgabe ist es ferner, daß man sich in die Ideen der Gewerkschaftsbewegung vertieft; daß man durch Leben eines Verbandsorgans, daß man vom Verband lebendige Versammlungen besucht und auf diese Art sein Wissen erweitert. Dann kommt von selbst das Bewußtsein und der richtige Weg, welcher zum Ziel führt. Diejenigen, die so verfahren, werden bald den Gedanken in sich heranreifen sehen, der sie dazu drängt, auch seine übrigen Berufskollegen auf diesen Weg zu führen.

Und wenn alle jungen Kollegen und Kolleginnen den festen Willen haben, an das Befreiungswerk der Tabakarbeiterchaft heranzugehen, dann wird einmal die Zeit kommen, daß wir sagen: Wem's nicht passt, der kann gehen!

## An die Tabakarbeiter von Osterholz-Scharmbeck.

Zwar haben wir hier am Orte während der Agitations-woche 22 neue Mitglieder aufgenommen, doch haben wir immer noch Kollegen, die dem Verbands noch nicht angehören. Es ist nötig, diesen einmal klar zu machen, daß es die höchste Zeit ist, mit uns Hand in Hand zu arbeiten. Jeder von uns hat doch wohl den letzten Tabak- Arbeiter gelesen und daraus erfahren, wie auf der Konferenz zu Frankfurt a. M. am 19. April die drei Verbände, der freie, der christliche und der Gleich-Dunsterische Verband, für uns seit jeher schlecht entlohnten Tabakarbeiter, die Lohnzulagen auf 35 Prozent zu erhöhen, unternommen haben. Da muß es unter allen Umständen auch unsere Pflicht und Schuldigkeit sein, mitzugehen. Man muß nicht denken, daß immer die anderen Kollegen schon alles gut machen werden, während man selbst sich fernhält und nur dabei ist, wenn es gilt, die Früchte, die die anderen geerntet haben, zu ernten. Jeder Tabakarbeiter und jede Tabakarbeiterin muß sich stolz emporheben und sich sagen, daß nicht nur einzelne, sondern alle mitgeholfen haben, das durchzusetzen, was für die Hebung unseres künftigen Daseins im Tabakgewerbe von Nutzen ist. Also Kollegen und Kolleginnen! Laßt euch als Verbandsmitglieder aufnehmen! Ich glaube, dann kommen wir überall siegreich mit unserer Lohnforderung durch. Kein Mann und keine Frau im Tabakgewerbe darf mehr unorganisiert sein! Nur Einigkeit macht stark! Mit herzlichen Grüßen!  
D.

## Aus Westfalen.

Start besuchte Tabakarbeiterversammlungen fanden statt in Spenge am Sonnabend, den 28., in Bünde am Sonntag, den 29., und in Blotho am Montag, den 30. April. Die Bünder Versammlung war von 1500 Tabakarbeitern und -arbeiterinnen und auch von Bünder Zigarrenfabrikanten besucht.

Die Versammlungen haben einstimmig beschlossen, das Reichsamt des Innern zu ersuchen, eine andere Art der Einschränkung der Verarbeitung von Tabak für die Zigarrenindustrie einzuführen. Dringend wurde das Reichsamt gebeten, die Vorstände der Tabakarbeiterverbände nach Berlin zu berufen und deren Vorschläge über die Art der Einschränkung durchzuführen.

Die Beschlüsse sind dem Reichsamt des Innern telegraphisch mitgeteilt.

Eine von 45 Delegierten besuchte Tabakarbeiterkonferenz fand am Sonntag, den 29. April, in Bünde statt. Die meisten Orte mit Tabakindustrie des sächsischen Westfalens und Lippe waren vertreten. Die Konferenz hat sich einstimmig auf den Boden der Beschlüsse der Frankfurter Konferenz gestellt und das Reichsamt des Innern dringend gebeten, die Vorstände der Tabakarbeiterverbände zwecks anderer-Regelung der Tabakeinschränkung für die Zigarrenindustrie zu hören. Die Entschlieung, die telegraphisch dem Reichsamt des Innern mitgeteilt worden ist, lautet:

Die in Bünde in Westf. versammelten Delegierten der Tabakarbeiter des sächsischen Westfalens, Lippe und Waldeck richten an das Reichsamt des Innern die dringende Bitte, eine Abänderung der Art der Einschränkung der Tabakverarbeitung in der Zigarrenindustrie vorzunehmen.

In genannten Bezirk arbeiten zirka 30 000 Frauen und Männer in der Zigarrenindustrie, der größte Teil als Heimarbeiter familienweise. Die meisten sind an ihren kleinen ländlichen Besitz gefesselt. Viele Tausende dieser bodenständigen Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen geraten bei der prozentualen Einschränkung ins größte Elend. Wir bitten dringend um Schonung der bodenständigen Zigarrenarbeiterfamilien.

Das Reichsamt wird ersucht, die Vertreter der Tabakarbeiterverbände schleunigst zu hören und nach deren Vorschlägen die Einschränkung vorzunehmen.

Damit nicht viele tausend bodenständige Tabakarbeiter zugrunde gehen, bittet die Konferenz, zur Unterstützung der Arbeitsloswerdenden Geldmittel bereitzustellen.

### Veröffentlichung

In der Bekanntmachung, betreffend weitere Aenderung der Ausführungsbestimmungen vom 10. Oktober 1916 zu der Verordnungen über Rohabak, vom 20. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 249, Nr. 71 des Reichsanzeigers vom 23. März d. J.) muß es am Schlusse in der vorletzten Zeile statt „die durchschnittliche Verarbeitung“ heißen: „die durchschnittliche Abgabe“.

Außerdem ist in Zeile 10 derselben Bekanntmachung hinter dem Worte „Zigarren“ das Bindestrichzeichen zu streichen. (Reichs-Gesetzblatt.)

## Die Gewerkschaften und die Mahnung Hindenburgs.

Die Zentralleitungen der Gewerkschaften haben an den Chef des Kriegsammtes, General v. Groner, aus Anlaß der Mahnung Hindenburgs folgendes Antwortschreiben gerichtet:

Berlin, den 26. April 1917.

Ein Ergeßnis danken wir für die Uebermittlung des Schreiben des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Erhaltung und Sicherung des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Grundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politisch reife Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Reminiscenz, sondern eine Ermahnung der

Handkraft Deutschlands aus einem baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitnehmerschaft von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich unterstützt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgeschafft. Das Ungeheuerliche, was Menschenhören sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden Volksgenossen hereingebrochen. Nur ein herzloser, gewissenloser Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu verjagen.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Überzeugung auch die Bevölkerungskreise, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Unsererseits wird alles getan, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern. Von unwertwürdlichen Leuten ist glücklicherweise mit ganz vereinzelten Erfolgen, versucht worden, die Arbeitseinstellungen der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienstbar zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in anderen kriegsführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß, er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die beklagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfang nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die Mithimmung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, die die Stimmung für die Arbeitseinstellungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungs- und Nahrungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Nationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu treffen, die die Herstellung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel sicherzustellen herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Umsichtigkeit und dem dann zu erwartenden Erfolg durchgeführt werden. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beendigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl auszulösen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unzulässige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, durch das Gesetz der Arbeitnehmerschaft zustehende Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Mithimmung und steten Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeit zu großer Unzufriedenheit und zu scharfen Kämpfen führten und die auch jetzt unzulässige Reibungen hervorbrufen. Hier eine Änderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Verwaltungsbehörden nachdrücklich anlegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserm Lande veründigen, die durch willkürliche Herabminderung der Lieferung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft anderer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser Volk auch diese schwersten Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.

Ein. Ergelien bitten wir, dem Herrn Generalkommandant von Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

- Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
ges. E. Regien.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.  
ges. Franz Beyrens.
- Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.-D.).  
ges. Gustav Hartmann.
- Polnische Berufsvereinigung.  
ges. Rymar.
- Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände.  
ges. Dr. Köhler.
- Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht.  
ges. Aufhäuser.
- Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.  
ges. Dr. Höpfe.

## Der Präsident des Kriegsernährungsamts über die Streikfrage.

25. Berlin, 26. April. Zu der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages erklärte im Anschluß an die Ausführungen eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der ebenso wie andere Mitglieder die Streiks der Nahrungsmittelarbeiter beurteilte, der Chef des Kriegsernährungsamts, Erziehungsrat Gröner: Es hat mich gestreut, daß der Vordränger die Nahrungsmittelarbeiter beurteilt hat, aber er hätte weiter gehen können. Nicht nur längere Streiks sind vom Uebel, sondern überhaupt jeder Streik, und wenn er nur drei Stunden dauert! Wir müssen unsere Produktion mit allen Mitteln steigern, und solange ein Arbeiter nur die mindeste Kraft in sich hat, hat er die moralische Pflicht, diese Kraft dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen. Wie war denn die Sache mit dem Streik in der vorigen Woche? Nach dem langen Bruchwinter, den wir hinter uns gelassen, nach der langen Kälte, welche ich durchaus die Depression, in der sich die Arbeiter befinden, oder in die sie kamen, als plötzlich die Herabsetzung der Produktion eintrat. Es ist ein sehr be-

dauerliches Zusammenbrechen, das gerade in dem Moment, wo die arbeitenden Menschen wieder aufatmeten, diese Maßregel kommen mußte. Ich vermute, daß diese gewisse Härte in die Arbeitseinstellung hineinkam, um so mehr, als so manche Zusagen, die auf dem Gebiet der Lebensmittellieferung gemacht worden waren, nicht in Erfüllung gehen konnten. Ich sehe nicht an, daß hier zu erklären; denn es trifft zu, daß es an vielen Stellen nicht gelungen ist, die in gutem Glauben gemachten Zusagen zu erfüllen. Einleiden ja noch immer darunter, aber die Arbeiter müssen auch einsehen, daß bei der ungeheuren Schwierigkeit der ganzen Materie sich hier und da solche Differenzen ergeben. Man muß es ihnen sagen, und man muß sie darüber eingehend aufklären.

In diese Depression hinein kam plötzlich — ich will nicht sagen woher — der Ruf: „Wir müssen der Regierung zeigen, daß sie veräumdete, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen. Wir müssen demonstrieren, wir wollen am 18. streiken.“ Dieser Gebante ging wie ein Lauffeuer durch die Fabriken. Ich bekam Briefe von Arbeitern, die die Sache beschreiben. Niemand wußte recht, woher die Sache kam. Es war der Boden bereitet für eine Massen-Insurrektion. Nun habe ich die Sache wenig tragisch aufgenommen aus dem einfachen Grunde, weil ich sie hier aus psychologischen Gründen erklärte. Am 18. sollte gestreikt werden. Ich habe für meinen Teil bei den lebenden Persönlichkeiten immer darauf gewarnt, nun sofort mit irgendwelchen Maßnahmen vorzugehen, weil ich der Auffassung war, man tut ganz gut, das Bestillt einmal etwas zu öffnen und die Stimmung abbläuen zu lassen. Der 18. trat ein. Die Leute waren durchaus vernünftig. Sie gingen heraus aus den Fabriken, sie mußten selbst nicht recht warum. Ich habe hier einen Brief liegen, den ich erst heute vormittag bekam, worin ein Arbeiter mir schreibt: „Ja, wir haben gestreikt, warum sollen wir eigentlich streiken? Warum sollen wir heraus aus den Fabriken? Am 18. um 9 oder 10 Uhr früh trafen einzelne Leute in den Fabriken: Nun aber heraus aus der Fabrik, Leute! Einige müde Leute fragten da, aus welchem Grunde und zu welchem Ziele. Sie erhielten keine Antwort. Als und zu wurde geantwortet: „Du hast doch Hunger, du sollst zeigen, daß du Hunger hast!“ Das war die Tendenz am 18., und auch am 17. zeigte sich unter den Arbeitern viel Verstandigkeit. Tommends gingen hinaus in den Grunewald, gut gekleidet, und machten sich einen guten Tag. Ich hätte gar nichts dagegen einzuwenden von meinem Standpunkte aus.

Unterdessen hatten die Gewerkschaften, denen vorher der Masseninsurrektion gegenüber ein Einfluß nicht ausreichend möglich war, die Leitung der Sache in die Hand genommen, und es wurde beschlossen, am 17., am anderen Tage die Arbeit wieder aufzunehmen. Das geschah auch in zahlreichen Betrieben. Bis dahin hätte ich die Minderung der Produktion durchaus ruhig hingelassen, um eben einmal den Arbeitern Gelegenheit zu lassen, sich nun von dieser Depression zu erholen. Jetzt trat aber eine ganz scharfe Wendung in dieser Sache ein. Von Mittwoch ab traten politische Dinge in den Vordergrund und damit hörte die Gemütsheilung in der Sache auf, das muß ich ganz scharf erklären. Und woher rührten diese politischen Dinge? Ihnen allen ist das Leipziger Programm und das ganz unverdächtige Telegramm an den Reichstagspräsidenten bekannt. Der Inhalt ist eine ganze Reihe von Forderungen politischer Art, Zahlrechtsforderungen, vor allem aber zum Schluß die Forderung eines Arbeiterrates nach russischem Muster und zu dem Zwecke sollte der Reichstagspräsident die Deputation empfangen. Das war toll, mehr als toll! Und diese politischen Momente sind hierher übertragen worden und sind in die deutschen Massen- und Munitionsfabriken hineingetragen und die Unerschlichkeit und Gutmütigkeit, sowie Ehrlichkeit der Arbeiter ist mißbraucht. Wir haben auch Beweise, daß aus dem Ausland Agitationsmaterial hereingeschmuggelt wurde. Es sind solche Schmuggelwaren in unsere Hände gefallen. Ueber die Logik eines solchen Agitationsmaterials brauche ich kein Wort zu verlieren. Nun halte ich es doch für nötig, gerade am heutigen Tage noch einige Worte zu sagen und meine persönliche Auffassung für die Zukunft Ihnen darzulegen. Es wird morgen von mir ein Aufruf an die Nahrungsmittelarbeiter in ganz Deutschland verbreitet werden. Ich verlange, daß die Streiks aufhören! Es gibt keine Streiks mehr, und wir werden diese politischen Landesverratler treffen mit der ganzen Macht des Gesetzes. (Bravo!)

Aber wenn wir von den Arbeitern verlangen, daß sie bei der Arbeit bleiben und daß sie unentwegt bis zum glücklichen Ende des Krieges auf jeden Streik verzichten und zwar aus innerster Überzeugung verzichten, — und dazu müssen sie aufgeklärt werden —, wenn wir das von ihnen verlangen, müssen wir aber auch vernünftig sein und etwas anderes tun. Wir müssen den Arbeitern unter allen Umständen Sprachrohre geben, durch die sie ihre Wünsche rechtzeitig richtig und an die richtigen und zuständigen Stellen bringen können. Welches sind diese Sprachrohre? Ich habe schon vor längerer Zeit an die Regierungen den Rat gegeben, in die Lebensmittellieferung der Nahrung und der kommunalen Arbeitervertreter hineinzunehmen, damit sie selbst mitarbeiten und mitwirken, damit sie sehen, wie die Dinge stehen, welche Maßregeln möglich sind, und damit sie auf diese Weise wieder zurückwirken können auf ihre Kameraden. Ich hoffe, daß diesem Rat in weitestem Maße Folge gegeben wird, und habe erneut noch einmal mit an den preussischen Staatskommissar in dieser Richtung gewendet. Das ist nicht, wie in einigen Zeitungen besprochen wurde, eine politische Maßregel, nicht eine Sozialdemokratisierung der Ernährungspolitik, das ist nichts anderes als eine immens praktische Maßregel, wie wir sie jetzt in dieser Situation für die Durchführung im Kriege brauchen.

Wo ich verurteile die Presse, die nun aus dieser Maßregel heraus darum nach der anderen Richtung politische Drahtzieherei betreibt. Das ist das eine Sprachrohr. Nun das zweite. Wir haben das Hilfsdienstgesetz. Dieses gibt den Arbeitern bestimmte Rechte, die der Reichstag gewollt hat, und durch dieses Sprachrohr müssen alle Beschwerden, alle Lohnfragen ihren Ausweg finden, und ich werde ebenso, wie ich einerseits gegen die Streikbeweise vorgehe, ebenso scharf vorgehen gegen diejenigen, die die Rechte, die die Arbeiter bekommen haben durch das Hilfsdienstgesetz, verletzen wollen. (Bravo!) Denn darüber kann kein Zweifel sein, das Kriegsamt und ich persönlich stehen auf absolut neutralem Boden. Was einem recht ist, muß auch dem anderen billig sein. Ich werde also auch gegen diejenigen vorgehen, die gegen das Hilfsdienstgesetz zu gehen versuchen. Ich richte von dieser Stelle aus einen sehr warmen, aber legten Appell auch an die Arbeitgeber, daß sie sich abfinden mit dem, was den Arbeitern an Rechten zugesprochen ist, daß sie sich ruhig mitwirken zu der hohen Ausführung des Hilfsdienstgesetzes. Ich meine, wenn wir alle auf diesem Boden uns stellen, und in der Weise vorgehen, habe ich gar keinen Zweifel, daß unsere Arbeitseinstellung in der treuesten Weise bis Kriegsende hinter dem Heere stehen wird und dem Heere Waffen und Munition liefern wird, die wir dringend, dringend nötig haben. Deshalb muß das Wort sein: Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Kriegsende. (Bravo!)

## Wuchergewinne.

Die Kulmbader Wuchergewinnfabrik Saermann hatte sich weit über Bedarf mit Pfeffer eingedeckt. Direktor Saermann suchte nun den Pfeffer, den er um 275 000 M zum Teil bei kleinen Händlern zusammengekauft hatte, wieder an den Mann zu bringen. Die Firma Saermann sollte bei diesem Geschäft in den Hintergrund treten. Saermann wandte sich an den Münchener Wuchergewinn-Verband, einen gerichtlich vereinigten Sachverständigen, um Rat. Herr Wendel mußte zu helfen. Er beschloß als Chef einer Warenagentur einen achtzehnjährigen Mittelschüler, den er mit dem nötigen Firmen-Briefpapier ausstattete. Dann wurde sofort das Geschäft begonnen, das nur dann eine Störung erlitt, wenn der Herr Chef in die Schule gehen mußte. 800 Zentner Pfeffer wurden nach Berlin verkauft, das Bündel zu 22,50 M, 100 Zentner, das Bündel zu 15,75 M, sollten nach Hamburg gehen, doch schritt jetzt das Kriegsernährungsamt ein. Der Pfeffer, den Saermann von kleinen Händlern erworben hatte, wurde also, durch Letztbändler ungeheuer verteuert, wieder dem Weg zum Großhandel, der — natürlich auch mit

Gewinn — den Pfeffer wieder an den Kleinhandel abgeben sollte. Das Kriegsernährungsamt beschlagnahmte von der Hamburger Sendung 20 Zentner im Werte von 14 000 M, außerdem wurden beschlagnahmt 3 Zentner Wiment im Werte von 2000 M, 54 Zentner Schwarzselt im Werte von 17 000 M, 85 Zentner Salz im Werte von 20 000 M. Der von Saermann eingestechte Wuchergewinn befreit sich auf eine halbe Million Mark. In der Münchener Wohnung der Familie Saermann wurde Hausdurchsuchung gehalten und man entdeckte dabei ein wohlaffortiertes Samstagslager, das ebenfalls beschlagnahmt wurde. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft sind zurückgetreten. Die Firma wird jetzt von einem Kaufmann vorläufig weitergeführt.

## Arbeiterinnenschutz tut dringend not!

Schwer lastet der Krieg auf uns allen, am schwersten aber auf den Frauen und Kindern. Auf den letzteren in erster Linie in körperlicher Beziehung, weil durch die Ernährungsschwierigkeiten ihnen das zur Entwicklung Notwendige nicht im vollen Umfange gegeben werden kann. Aber auch ihre Erziehung leidet in mancher Beziehung Not. Die Schule kann heute nicht mehr so wie früher ihren Einfluß geltend machen, und zu Hause fehlt vielfach die kräftige Hand des Vaters. Auch die der Mutter kann durch ihre Inanspruchnahme durch Arbeit das Kind nicht so leiten, wie sie es gern wollte und müßte. Aber fast schwerer noch als auf dem Kind lastet der Krieg auf den Schultern der Frau. Selbst wenn man die seelischen Wirkungen des Krieges, die Sorge um den Gatten da draußen oder den Sohn oder den Bräutigam, die Mühen um die Beschaffung der Nahrung für die Familienangehörigen außer Betracht läßt, die ihr im Kriege aufgedrückte Arbeitslast ist viel zu schwer für sie. Dieses Moment wirkt nicht nur individuell, es hat eine viel weitergehende allgemeine, bevölkerungspolitische Wirkung. Die Mutter soll das Leben geben. Nicht nur sie selbst, auch die kommende Generation leidet schweren Schaden, wenn die ihr obliegende körperliche Arbeit ihre Kräfte übersteigt. Und gegenwärtig übersteigt die Arbeit schon ihre Kräfte. Das wird jedem klar, der eine Klein- vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebene Broschüre liest: „Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges.“

In diesem Buche sind die Ergebnisse einer von der genannten Organisation im August/September 1916 vorgenommenen Erhebung verarbeitet. Was jedem auf Grund der gemachten Einzelerfahrungen schon vorher klar war, hier tritt es als Massenergebnis klar zutage.

Unabwärend haben wir ja in Deutschland eine Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit zu verzeichnen. Nie ist sie so groß gewesen wie während des Krieges. Eines der ausgedehntesten Gebiete für Frauenarbeit ist durch die Einwirkung des Krieges die Metallindustrie geworden, besonders die mit der Herstellung von Heeresbedarf beschäftigten Zweige derselben. Das offenbart die vorliegende Erhebung in deutlicher Weise. Naturgemäß konnte eine solche Erhebung kein erschöpfendes Bild der wirklichen Verhältnisse ergeben, es kann sich immer nur um eine mehr oder minder große Stichprobe handeln. Weil diese sich aber auch über ganz Deutschland mit seinen wichtigsten Industriegebieten erstreckt, wird sie der Wirklichkeit nahekommen. Eher noch hinter ihr zurückbleiben. Denn namentlich die Verhältnisse in Betrieben mit Unorganisierten werden ungünstiger sein als die in anderen.

In 207 Orten sind 2594 Betriebe von der Erhebung erfaßt worden. Vor dem Kriege waren in ihnen 63 570 Arbeiterinnen, zur Zeit der Erhebung 266 530 beschäftigt. Der Hauptteil der Steigerung entfällt auf die Kriegsin- dustrie. In dieser waren vor dem Kriege 35 425, nunmehr aber 227 186 Arbeiterinnen tätig. Das ist eine Steigerung um zirka 540 Prozent. Nicht weniger wie 250 verschiedene Tätigkeitsgebiete der Frauen werden angegeben. Auf welchen Arbeitsgebieten die Zahl der Arbeiterinnen die größte Zunahme erfahren hat, ließ sich nicht feststellen, weil die früheren Anhaltspunkte fehlen. Erwähnenswert ist jedoch, daß nach einer Erhebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1912 246 weibliche Dreher ermittelt wurden, diesmal dagegen 5926.

Ueberaus charakteristisch für die Art der den Frauen zugewandten Arbeit sind eine Reihe von Einzelangaben, die gemacht werden. In einem Betriebe des Schiffbaues werden Frauen sogar mit Stellagenbau beschäftigt. Aus dem oberösterreichischen Industriegebiet wird mitgeteilt, daß in einem Betriebe Frauen und Mädchen im Kleinmalzwereik an der Fertigungsstraße stehen und mit der Zange die durchkommenden Fertigprodukte abnehmen. In einem anderen Betriebe werden Frauen mit dem Tragen der Pfannen beim Siegen beschäftigt. Als besonders schwere Arbeit wird das Befördern von Eisenteilen, das Vorhalten beim Richten, das Stemmen mit Preßluft usw. bezeichnet. Sogar mit dem Füllen eines Kugelfoßens wurde ein Mädchen beschäftigt.

Der Unfall- und Gesundheitschutz ist überaus mangelhaft. Festgestellte lange Arbeitszeit, Fehlen der vorgeschriebenen Pausen, Nacht- und Sonntagsarbeit für Frauen und andere Verstöße in der großen Mehrzahl der überhaupt erfaßten Betriebe beweisen, daß tatsächlich die Bestimmungen des Arbeiterschutzes, sei es mit oder ohne Genehmigung der Behörden, nicht mehr zur Anwendung kommen. Nur aus einem Fünftel der erfaßten Betriebe wurde die Frage nach dem Einhalten der Bestimmungen des Arbeiterinnenschutzes bejaht. Sogar schwere Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften werden gemeldet: „Die Wechselläder an den Drehbänken laufen alle ungekürzt.“ „Da an den Maschinen (Stoßwerk mit Orgelpressen) die Schutzvorrichtungen fehlen, ist die Zahl der Unfälle (Fingerverluste) eine hohe.“

In einem Falle wurde festgestellt, daß eine Frau schon vierzehn Tage nach ihrer Niederkunft die Arbeit wieder aufnahm.

Die Klagen über lange Arbeitszeit sind groß. In 225 Betrieben hatten 21 189 Arbeiterinnen eine Arbeitszeit von mehr als 60 Stunden die Woche. Auch ma-

Die Arbeitszeit auf 57-60 Stunden die Woche an gegeben wurde — für 70 840 Arbeiterinnen — wird mitgeteilt, daß sie für viele Tausende durch Überstunden und Sonntagsarbeit bis weit über 70 Stunden ausgedehnt wird. Von zwei Betrieben wird berichtet, daß Arbeitstage von 15, 16 und 18 Stunden vorkommen. In 364 Betrieben müssen 54 742 Arbeiterinnen Sonntags arbeiten.

Die Löhne sind naturgemäß sehr verschieden. In der großen Mehrzahl der Fälle ist die Entlohnung geringer als die der Männer, trotz der gleichen Arbeitsleistung. Stundenlöhne von 11-15  $\%$  im Zeitlohn und 16-25  $\%$  im Stücklohn wurden festgestellt. Im Zeitlohn liegen sie bis 65  $\%$ , im Stücklohn bis 85  $\%$ . Es wird als eine Seltenheit bezeichnet, daß sich in einem Betrieb keinerlei Mißstand findet. In der abener Sache fehlt's immer.

Die Schrift schließt mit der Forderung und wir können ihr nur vorbehaltlos zustimmen, daß der unerschätzte Anreiz der weiblichen Arbeitskraft als große Gefahr für die Volksgesundheit ein Ende gemacht werden muß. Je eher, desto besser für die Allgemeinheit. In diesem Sinne soll die vorliegende Schrift eine Warnung sein an die Unternehmer gegen den mit der weiblichen Arbeitskraft getriebenen Raubbau und eine Mahnung an den Staat zur Ein- und Umkehr." (Vera. Frauenglg.)

### Ein Verband der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbekämpfter

Ist während der Ostertage in Essen gegründet worden. Es handelt sich um den Zusammenschluß von 30 Vereinen Kriegsbekämpfter, von denen etwa 20 im Rheinlands-Bistum ihren Sitz haben, während der Rest auf die übrigen Teile des Reiches entfällt. Der Zweck des Verbandes soll sein: Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbekämpfter; tätige Mithilfe des Kriegsbekämpfertenverbandes an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Beamtenkreise der Kriegsbekämpfter und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbekämpften, namentlich in der Berufsberatung; in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktischen Arbeit.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerksvereine sowie die Angestellten- und Technikerverbände hatten in einem gemeinsamen Aufruf vor der Gründung von Kriegsbekämpfertenorganisationen gewarnt. Sie wiesen darauf hin, daß die Kriegsbekämpfertenfürsorge Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sei, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbekämpfte vom Kampflager abgetrennt sind und den Kampf ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerenden Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, werde der Kriegsbekämpfte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsrecht wieder gewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer sei bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die in Arbeitsverhältnis zurückkehrenden Kriegsbekämpften beschritten worden. Erst wenn die jetzt bestehende Kriegsbekämpfertenfürsorge, in der auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig seien, nicht so ausgebaut werden könnte, wie dies von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden auf der Kölner Tagung gefordert wurde, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der

Kriegsbekämpften besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbekämpften selbst. Eine Vereinigung der dauernd Lebenden würde nur niederdrückend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie sei weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese können ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbekämpfertenfürsorge besondere Einrichtungen hätten, den Kriegsbekämpften zu dienen. Bei den Arbeitersekretariaten und sonstigen Rechtshilfsstellen finde der Kriegsbekämpfte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedürfe. Außerdem hätten die Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsbekämpfertenfürsorge gemeinsame Einrichtungen getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbekämpfertenfürsorge gewidmet seien. Damit dürfe alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbekämpften erreichen könnte.

Trotz dieser Warnung wurde auf der Essener Tagung die genannte Organisation gegründet. Ihre Mitgliedschaft wird auf 30 000 geschätzt. Als Blatt des Verbandes sollen die „Deutschen Blätter für Kriegsoverlegte“ unter dem Titel „Der Kriegsbekämpfte“ erscheinen. Es kostet vierteljährlich 1,20 M. Der Beitrag soll monatlich 50  $\%$  betragen; von diesem (örtlichen) Beitrag soll vierteljährlich 1 M. an den Gesamtverband abgeführt werden. Dem vom provisorischen Vorstand aufgestellten Programm wurde einstimmig zugestimmt. In der Aussprache erklärte der Schriftleiter des Verbandesorgans die Aufgaben der Gewerkschaften und die der Kriegsbekämpfertenvereinigungen seien grundverschiedene Dinge. Man glaubt, daß es mit der Zeit gelingen wird, alle Stellen von der Notwendigkeit des Verbandes zu überzeugen.

### Verbandsteil. Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonamt Roland 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32 zu adressieren. Selbst-Einschreib- und Berechnungen nur an H. Niederwiesend, Bremen, Finkenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Postkonto bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Kaufmännervereine m. b. H. in Hamburg, Postfach 9 Nr. 53-9 beim Postamt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32 zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Klunder, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32 zu adressieren. Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an E. Schorer, Hamburg, Seifenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Als verloren gemeldet: Dresden, Die Mitgliedsbücher S II 67 264, lautend auf Frau Reichner aus Arnsdorf i. Schleif, geb. 18. 5. 82, eingetr. am 16. 9. 1901, Nr. 3; S II 41 008, lautend auf Frau Martha Reichner aus Gehlitz b. Dresden, geb. 26. 6. 89, eingetr. am 1. 5. 09, Nr. 3. (E. 189. 8. 3. 17.)

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (E. = Verbandsbeiträge): Am 14. April: Köhne S. 50.— 16.: Steyer S. 100.— 17.: Dresden S. 30.— 19.: Leuchner S. 40.— 20.: Wiberhausen S. 116.28. Leipzig S. 300.— Rühlach S. 20.— 21.: Hüllschau S. 55.— Siedentrus S. 110.— Goldberg S. 100.— 25bau S. 30.— Neumarkt S. 96.66. 22.: Verlinchangen S. 160.— 23.: Korb S. 30.— 24.: Friesen S. 54.15. 25.: Frankfurt S. 60.— 26.: S. 35.— 27.: Bremen S. 500.— 28.: Staldermann S. 100.—

29.: Hamburg S. 50.— Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Abrechnung sowie alle überflüssigen Gelder zurückzusenden. Bremen, den 30. April 1917. H. Kieder-Welland.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1917 gingen ein: 1. Gau Hamburg: Althorn, Albstadt, Dassen, Schiffbeck, Barghin, Neuhof, Voienburg; 2. Gau Hannover: Wollnüttel, Dessen, Schönhausen a. Elbe, Einbeck; 3. Gau Nordhausen: Naue, Koppach; 4. Gau Hersfeld: Burgsteinfurt, Holsen, Salzausen, Lunnendorf, Gorn, Löwensteinthal, Hildenshausen, Diefeld, Hasheim, Byrmont; 5. Gau Frankfurt a. M.: Frankfurt a. M., Panau, Worms, Mainz, Offenbach, H. Steinheim, Kreuznach, Mühlheim a. M., Frofshausen, Lampertheim; 6. Gau Heidelberg: Bruch, Heidelberg, Reilingen; 7. Gau Erfurt: Mühl, Breitingen, Bamlingen, Weida, Stehlich, Erfurt, Lobenstein; 8. Gau Dresden: Lauenberg, Birna, Freischa, Königsdorf, Meissen, Wittweib; 9. Gau Breslau: Glatz, Langenbielau, Kriebitz, Trebnitz, Ohlau, Dobrilugk, Piesnitz; 10. Gau Berlin: Berlin, P. Burgard, Eidenwalde, Küstrin, Wolgast.

Adressen-Änderungen. Speyer (9): 1. Bev. Friedr. Dillenburg, Kirchstraße 9. Delitzsch (9): 1. Bev. Hermann Ehrhorn, Meienstr. 13. Amdam (9): 1. Bev. Kurt Eiser, Sülzenstr. 8. Leuchner (9): 1. Bev. Franz Wöber, Lammstr. 8. Lampertheim (9): 1. Bev. Peter Dieter, Wilhelmstr. Trebnitz (10): 1. Bev. Rob. Kuffig, Lindenstr. 8.

### Gestorben:

Gestorben am 9. Februar der Zigarrenarbeiter Albert Thom aus Jastrow.  
Gestorben am 6. April der Zigarrenarbeiter Ferdinand Franke aus Rawitzsch, 36 Jahre alt (Zahnräder Rawitzsch).  
In französischer Gefangenschaft starb der Arbeiter Eugen Eger aus Gohrzig, 34 Jahre alt (Zahnräder Dresden).  
Am 14. April starb zu Altdorf der Zigarrenarbeiter Joh. Ströh aus (?), 66 Jahre alt.  
Am 18. April starb zu Jastrow der Zigarrenarbeiter Theodor Draht aus Jastrow.  
Am 20. April starb in Dresden die Maschinenarbeiterin Frieda Kunath aus Dresden, 26 Jahre alt.  
Am 25. April starb zu Hohenheim der Hilfsarbeiter Ludwig Schleicher aus Oberhausen, 30 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!



## Eckstein Zigaretten

Einzig in Qualität  
Trustfrei  
H. MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN



**GARBÁTY CIGARETTEN**

in aller  
**Qualität**

### Carl Roland Berlin SO 26

Kottbuserstrasse 4.

Samatra-Becks ... pr. 50. 6.90  
do. do. pr. 50. 7.—  
Forstland-Becks ... pr. 50. 6.50  
Saxoni-Becks,  
S. B. H. .... pr. 50. 8.—  
Brasil-Uml., .... pr. 50. 6.30  
Havana ..... pr. 50. 6.90

Rezeptions- und Zentral-Vertriebsstelle für Tabakfabriken. Die höchsten Preise für Hamburg.  
Jos. Boye, Schillerstraße 81.

Kollegen!  
agiert für den Verband



### L. Cohn & Co., Berlin N

Brunnenstrasse 24  
Größtes Wickelformenlager Deutschlands

Maduro

# Ca. 17 000 gebrauchte Wickelformen

alle erdenklichen Fassons, teils wie neu,  
zu sehr billigen Preisen am Lager  
und fordern Sie Zusendung der Musterbogen

## Heinrich Franck, Berlin N 54

Robt. Franck, Brunnenstrasse 22  
Utenissen für Zigarrenfabriken

Rezeptions- und Zentral-Vertriebsstelle für Tabakfabriken, Carl Reichmann, — Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanstalt J. V. Schmalzfeldt u. Co., ähnlich in Bremen.